



J. Conolly

Festnahme aus dem Kessel am 1. Juni 2013 in Frankfurt am Main

# „So aggressiv wie nie“

## Zur Repression gegen die Blockupy-Aktionen 2013 in Frankfurt am Main

Ortsgruppe Frankfurt/Main

„So aggressiv wie nie“ schrieb der Staatschutz per SMS an den hessischen Innenminister Boris Rhein<sup>1</sup>, bevor am 1. Juni 2013 der Kessel um anfangs über 1000 Menschen gezogen wurde – letztlich einer von vielen Vorwänden, um die Blockupy-Demo zu verhindern beziehungsweise zu versuchen, sie in „gute“ und „schlechte“ Antikapitalist\*innen zu spalten. Die Ortsgruppe Frankfurt war wie viele an-

dere rote Helfer\*innen vor Ort, sie hatte in der Gefahrenprognose bereits die bewusste Vorbereitung eines Angriffs auf Teile des Bündnisses befürchtet, sich über die Solidarität am Tag selbst gefreut und über Spenden auf der Solidemo die Woche darauf. Aber es könnte immer noch alles entschlossener sein. Darum im Folgenden ein Artikel, der nicht nur den Stand der Repression wiedergibt, sondern auch Mut machen soll, die Grenzen des Versammlungsrechts zu sprengen.

■ Berichte von Blockupy wären sicherlich nur eine Randnotiz wert gewesen, hätte nicht die Frankfurter Polizeiführung am Samstag der Aktionstage die Demonstration brutal verhindert. Dabei wollen wir hier nicht unerwähnt lassen, dass bereits die Anreise donnerstags für einige Refugees aus Berlin, denen mit Konsequenzen wegen Residenzpflichtsverstößen gedroht wurde, ganz unterbunden wurde und für die anderen Insass\*innen der fünf Berliner Busse ein längerer erzwungener Aufenthalt auf einer Kontrollstation an der A5 erste Anzeichen für gezielte Repression lieferten. Am Tag darauf wurden die Aktivist\*innen ohne

1 Innenminister Rhein im Innenausschuss am 24. Juni 2013 (INA/18/96), vgl. [http://www.linksfraktion-hessen.de/cms/images/stories/linksfraktion2013/Dokumente/blockupy/2013\\_07\\_05\\_INA-KB-96-oe.pdf](http://www.linksfraktion-hessen.de/cms/images/stories/linksfraktion2013/Dokumente/blockupy/2013_07_05_INA-KB-96-oe.pdf)

ernstzunehmende Polizeitaktiken bis vor die Absperrungen an und in den Straßen um die Europäische Zentralbank (EZB) vorgelassen.

Einige effektive Blockadepunkte entstanden, das ein oder andere Mal setzte die Polizei Pfefferspray und Schlagstöcke ein – dabei war aber der strömende Regen wohl wesentlich ermüdender als ihr

konnten, hatte nichts mehr mit Versammlungsfreiheit zu tun.

Dennoch war es im Vergleich zum Vorjahr bis dahin ruhiger geblieben, die massive Polizeipräsenz zwar spürbar, aber bis auf die genannten Ausnahmen doch eher zurückhaltend. Das alles änderte sich schlagartig, als die Großdemo am Samstag bereits nach einigen

lizei in ihrer Gefahrenprognose vor dem „... ums Ganze!“-Bündnis und der Interventionistischen Linken (IL) mit allen denkbaren Verleumdungen gewarnt. Sicher war ihnen die Teilnahme linksradikaler Gruppen ein Dorn im Auge. Leitend dafür, jederzeit eine antikapitalistische Demo auflösen zu können, ist seit 2012 die offensive M31-Demo. Dass entschlossener Protest gegen europäische Verarmungspolitik auch versucht diejenigen zu treffen, die davon profitieren, passt nicht in die Logik derer, die das Interesse des kapitalistischen Staates verteidigen. Die im Polizeicorps herumschwirrende Lüge vom dreitägigen Koma des Verbindungsbeamten, der bei M31 kurzzeitig außer Gefecht gesetzt wurde, sowie die Behauptungen, Polizeikräfte wären bei der Blockupy-Großdemo 2012 ständig mit Steinen beworfen worden, entfachte wohl nicht nur bei Kleingeistern in Uniform Aggressionen. Sie ebneten auch den Weg für Polizeistrateg\*innen, gezielt Daten zu sammeln und die Demo 2013 komplett zu zerschlagen.

Während Bürgerrechtsgruppen, Parteien, Gewerkschaften, autonome Zusammenhänge und linksradikale Gruppen im Nachhinein von einem brutalen Polizeieinsatz oder einem Polizeiüberfall sprechen, nennt der Innenminister Rhein dies „propagandistische Diktion und Darstellungsweise“. Denn der „Vorwurf, dass die hessische Polizei Inszenierungen planen würde, ist falsch und wird von mir zurückgewiesen“, behauptete er im Innenausschuss des hessischen Landtags. Da können auch noch die reaktionärsten Medien alles Mögliche an Nachweisen aufführen, dass der Einsatz bereits im Vorfeld geplant war. Wir wollen uns damit hier nicht länger beschäftigen und verweisen wie bereits in unserem Communiqué vom 7. Juni 2013 auf die für sich sprechende unvollständige Faktensammlung<sup>2</sup>.

Wir stellen vielmehr für die Demo mit Freuden fest, dass sowohl die Stimmung im Kessel als auch davor und dahinter trotz Schikanen und Polizeigewalt kämpferisch war. Die Taktik ging nicht auf, sie konnten uns nicht spalten und haben mehr Aufmerksamkeit auf sich gerichtet, als ihnen lieb war. Dennoch haben



J. Conolly

Festnahme aus dem Kessel. Miese Griffe am Handgelenk und im Gesicht

halbherziges Vorgehen. Mittags wurden auch die Aktionen auf der Zeil, der Konsummeile Frankfurts, durch anrückende und stehende Polizeieinheiten eher im Ansinnen der Blockaden unterstützt. Anders sah es hingegen bei den Protesten am Flughafen aus. Das Terminal 1 war quasi außer Betrieb gesetzt. Menschen, die mit S-Bahn und Zügen ankamen, wurden gleich am Gleis gestoppt und insbesondere vor dem Terminal zeigten sich erste Schlägertrupps in Uniform. Dass dann 200 Menschen in einem wandernden Kessel auf einer verkürzten Route durch das fast schon gespenstisch leere Terminal laufen

hundert Metern mit einem Spalier vorne und einem von der Seite von ihrem vorderstem Block getrennt wurde. Zwischen dem Kessel und dem hinteren Teil der Demo positionierte sich ein Spalier aus fünf Reihen Beweissicherungs- und Festnahmeinheiten, das sich im Zuge mutiger Angriffe mit literweise Pfefferspray und Handgemenge Platz verschaffte. Jedoch ging hier die Polizeitaktik nicht auf.

## Der Angriff war lange geplant

Bereits in der Verfügung zur Demonstration hatten Verfassungsschutz und Po-

<sup>2</sup> Einige der Fakten, die dafür sprechen, dass das Eingreifen der Polizei geplant war, sind einmal die baulichen Gegebenheiten des Ortes, an dem gekesselt wurde: Eine enge Straße ohne Anwohner\*innen, die sich empören oder solidarisieren könnten (wobei das Verhalten der Menschen aus dem Schauspielhaus wohl nicht einkalkuliert war). Zudem waren mobile Toiletten auffallend schnell angekarrt, nirgendwo sonst in der Stadt beziehungsweise auf der gesamten Demoroute befanden sich vor der Demonstration so viele Beamte; Hamburger Gitter und andere Absperrungen fanden sich lediglich an einer weiteren Stelle auf der Route. In umliegenden Häusern soll unter der Woche gefragt worden sein, ob Kameras installiert werden dürften. Sanis und ein Arzt berichteten von Vorbereitungen, die ihnen Zugangswege am späteren Tatort verstellten. Hinzu kommen die an einem Ort konzentrierten Polizeikräfte, die ihre Waffenlogistik (wie dosenweise Pfefferspray in einem Einsatzwagen) und Standortversicherung (die Einsatzfähigkeit der Polizei ums Schauspielhaus und jüdisches Museum war schon vor dem Kessel „gewährleistet“) längst vorbereitet hatten.

sie ihre Datenbanken aufgefrischt, einige Freund\*innen massiv verletzt und wiederholt gezeigt, wie die Polizei zur Pressefreiheit steht. Nicht zuletzt wollen wir hier aber vor einer sich einnistenden Rechtsgläubigkeit warnen, die selbst in linksradikalen Kreisen fragwürdige Blüten trägt.

## Rechtsgläubigkeit mit fragwürdigen Blüten

Die über neun Stunden andauernde Kesselung wurde wiederholt von der Frankfurter Judikative mitgetragen. Die zuständige Eilrichterin war in Telefonaten mit Anwält\*innen des Ermittlungsausschusses zuerst nicht darüber informiert, dass es überhaupt einen Kessel gibt und fühlte sich später nicht zuständig, sich mit Anträgen zu befassen wie dem auf ein Ende der freiheitsentziehenden Polizeimaßnahme oder dem auf die rechtsstaatlich gebotene Freilassung der gekesselten Anwält\*innen.

Wir surfen bewusst vor dem Hintergrund solcher Erfahrungen auf den Klagewellen, die bereits 2012 losgetreten wurden und in diesem Jahr Antirepressionsstrukturen nach Blockupy massiv beschäftigen. Zuerst war da die Annahme, alle Gekesselten könnten in einer Sammelklage erfolgreich vorgehen, dies ist aber so in der BRD nicht möglich. Dann setzte die Strategie massenweiser Einzelklagen ein und mittlerweile laufen Pilotverfahren aus Göttingen, Leipzig, Frankfurt, Berlin und möglicherweise weiteren Städten, deren Kosten zumeist gedeckt sind. Ob es jedoch überhaupt zu einem positiven Gerichtsentscheid binnen Jahresfrist kommt, was dann ein „Hinterherklagen“ Vieler ermöglichen würde, liegt unter anderem am Verwaltungsgericht Frankfurt, das mit seiner reaktionären Ausrichtung alles daran setzen wird, wieder Verfahren zu verzögern. Inwiefern hier noch Spielraum besteht, wird einmal strategisch von bundesweit vernetzten Anwält\*innen abhängen, unserer Vernetzung mit diesen und als Betroffene untereinander – jedoch zu einem wesentlich entscheidenderen Teil wird mit den Füßen entschieden, ob sich Politik und Justiz unter Druck setzen lassen!

Dabei gäbe es noch viel aufzudecken, was der gescheiterte Untersuchungsausschuss im hessischen Landtag hätte



Beschlagnahmte „Schutzwaffen“

leisten können, was aber letztlich immer an uns Aktivist\*innen hängenbleibt: die Analyse polizeilicher Repression, der offensive Umgang mit ihren Einschüchterungsversuchen und das Schaffen neuer Strategien, um sich frei zu versammeln. Eine der offenen Fragen ist,

welche Datenabfragen die Polizei nach dem Kessel vorgenommen hat. Hierzu und zu einigen anderen Details sammelt der Frankfurter Ermittlungsausschuss<sup>3</sup> gezielt Gedächtnisprotokolle, die nur verschlüsselt oder persönlich überbracht werden sollten.

3 <http://ea-frankfurt.org>

# Repression

Aufklärung, Kritik und öffentlicher Druck nach Blockupy haben die Frankfurter Polizei bisher nicht nur zu irrwitzigen Behauptungen verleitet wie der von den unkontrolliert agierenden Beweis- und Festnahme-Einheiten aus NRW und Baden-Württemberg. Vielmehr geht und ging sie in die Charme-Offensive. Zuerst bildete sich eine „interne Ermittlungsgruppe“ die Bürger\*innen dazu aufruft, der Polizei Bildmaterial zu liefern und sich kooperativ zu zeigen. Als dies nicht in der Breite wirkte, wandte sich die Polizei an Strukturen, die bei Blockupy aktiv waren, wie die Demo-Sanis. Sie wurden zur gegenseitigen Unterstützung und Herausgabe von Personalien aufgerufen. Schließlich ist abzusehen, dass auch der Polizei die Heterogenität und Breite der an Blockupy beteiligten Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen bewusst ist. Aufrufe wie der der AG Antirep<sup>4</sup>, die sich gegen die Charme-Offensive wenden, sowie eine sich verbreitende Einsicht in die Notwendigkeit von Aussageverweigerung



Mit Regenschirmen „vermummt“: Blockupy-Demonstration am 1. Juni 2013 in Frankfurt am Main

höchstens quantitativ eine Ausnahme. Darum muss auch der Aufschrei in vielen bürgerlichen Kreisen mit Vorsicht bewertet werden. So wird beispielsweise in der Zeitung der GEW Frankfurt zwar realpolitisch konsequent der Rücktritt Rheins gefordert, gleichzeitig aber auch befürwortet, dass die Polizei einzelne „Gewalttäter“ aus der Demo festnehmen hätte können. Hier wurden das Prinzip Solidarität und die gerade bei Blockupy deutlich werdende Strategie nicht verstanden. Solche Einstellungen befördern vielmehr die Spaltungsabsichten des Staates in erwünschte und unerwünschte Demonstrant\*innen, indem der vermeintlich harmlose Teil getätschelt und der stigmatisierte „unfriedliche“ Teil bestraft wird. Es gibt noch viel mehr an Erfahrungen, die scheinbar notwendig sind, um sich geschlossen gegen staatliche Repression zu wehren und um zu einer Alternative zu den herrschenden Verhältnissen zu gelangen.

Eben in diesem Kontext wollen wir nochmal deutlich machen, dass der Schutz für unsere gefährdeten Blöcke und Demonstrationen nicht nur durch Schirme und Sonnenbrillen legitim bleibt. Wenn selbst die Polizei in ihren Gefahrenprognosen scheinbar verstanden hat, dass sich Blöcke bilden, um sich gegen Polizeieinheiten zu schützen, wie es in den Verfügungen zu den Demos bei Blockupy steht, dann sollten wir die Zeit nutzen, um den Schutz zu intensivieren. Vergessen wir also nicht, dass auch Schilder, geknotete Transpis und nicht zuletzt das Vertrauen in die eigene Stärke notwendig sind, um sich gegen Repression und den kapitalistische Staat zu wehren. ❖

## Weitere Infos und Hintergründe:

### ► Beilage der Ortsgruppe Frankfurt zu Blockupy vom 27. Mai 2013:

<http://rhffm.blogspot.eu/files/2013/05/fertige-version.pdf>

### ► Communiqué der Ortsgruppe Frankfurt vom 6. Juli 2013:

<http://rhffm.blogspot.eu/files/2013/06/C2.pdf>

### ► Organisation von Betroffenen (Mitteilungen zu Klagen und Verfahren):

Alle die im Kessel waren und deren Personalien festgestellt wurden, können sich (bitte nicht mit der klandestin(st)en Adresse!) auf dem einseitigen Emailverteiler hier eintragen: <http://lists.notroika.org/cgi-bin/mailman/listinfo/blockupykessel>

### ► Bleibt informiert und ... spendet!

Die Ortsgruppe Frankfurt hat seit 2012 ein zweckgebundenes Spendenkonto, um Repressionskosten aus den Krisenprotesten abzufangen:

### ► Spendenkonto

Rote Hilfe e.V. OG FFM  
Konto Nr. 4007 238 390  
BLZ 430 609 67 (GLS-Bank)  
Verwendungszweck:  
Krisenproteste



flickr/behring (CC BY-NC-SA 2.0)

Nach dem Polizeikessel gegen Blockupy: Solidaritätsdemo am 8. Juni 2013 in Frankfurt

und die Einberufung eines Tribunals gegen Polizeigewalt, das sich über Frankfurt hinaus mit der Staatsgewalt beschäftigen will, machen Hoffnung, dass die Mehrheit sich nicht durch nette Worte besänftigen lässt.

## Der Aufschrei bürgerlicher Kreise ist mit Vorsicht zu genießen

Dass Innenminister Rhein hingegen weiterhin hinter den Prügelbullen steht, ist längst bekannt und in Frankfurt macht er sich damit seit Jahren unbeliebt. Im Kontext seines Demokratieverständnisses und der vielen Sicherheitsfanatiker\*innen war die Polizeigewalt bei Blockupy

<sup>4</sup> <https://linksunten.indymedia.org/de/node/89325> / Link zur Blockupy AG Antirep unter: <http://notroika.org/arbeitsgruppen/antirepression>